

FREI, AUFREGEND, UNBEQUEM,
SOZIALISTISCH: TAUFRISSCH.

FAUST

Newsletter der Jusos Stadt Braunschweig · Nov. 2007



Neue Energien

— mehr dazu auf Seite vier.

Zukunft der Ausbildung

— mehr auf Seite zwei.

Wieder 24 Stunden für Euch da!

Jusos Braunschweig hielten Stand rund um die Uhr besetzt!

Die Jusos in Braunschweig führten dieses Jahr wieder ihre „24-Stunden-Aktion“ durch. Rund um die Uhr informierten sie die Bürger zu den Themen „Mindestlohn“, „4. IGS in Braunschweig“ und „Alternative Energien“. Auch die SPD-Landtagskandidaten Klaus-Peter Bachmann MdL, Kirsten Kemper und Dietmar Schilff sowie die Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann waren mit dabei.



„Unser Ziel war es wieder, einen Stand rund um die Uhr besetzt zu halten, um unsere Positionen in wichtigen Politikfeldern den Bürgern zu präsentieren und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen“, erklärte der Juso-Vorsitzende William Labitzke die gemeinsame Aktion der Jusos mit der SPD und der SPD-Ratsfraktion in Braunschweig. Dabei wollten die Jusos die 24 Stunden

nutzen, um auf die Themen „Mindestlohn“, „4. IGS in Braunschweig“ und „Alternative Energien“ aufmerksam zu machen. „Diese Politikfelder liegen uns momentan besonders am Herzen. Wir werden auch im kommenden Landtagswahlkampf verstärkt deutlich machen, dass die SPD hier die besten Antworten hat“, so Labitzke

weiter.

Auch die drei Braunschweiger SPD-Landtagskandidaten Kirsten Kemper (Wahlkreis 1, BS-Nord), Klaus-Peter Bachmann, MdL (Wahlkreis 2, BS-Süd) und Dietmar Schilff (Wahlkreis 3, BS-West) sowie die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann waren am Stand mit dabei und stellten die Positionen der SPD auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene vor.

„Es macht Spaß, mit den Bürgern einmal auch zu ungewöhnlicher Stunde über Politik zu diskutieren. Wir merken immer mehr, dass unsere Ideen gut bei den Menschen ankommen“, schilderte Landtagskandidat Dietmar Schilff seine Eindrücke.

von William Labitzke und Steffen Kirsch

Mit uns:
Mindestlohn.
Das ist gerecht!

Viele Menschen arbeiten in Deutschland den ganzen Tag, können aber sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht ernähren. Niedrig- und Armutslöhne sind

ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bereits fast 20 Prozent der Erwerbstätigen mit Vollbeschäftigung in Deutschland sind von Niedrig- und Armutslöhnen betroffen – das sind fast sieben Millionen Menschen. Sie erhalten ein Einkommen, das unter zwei Dritteln des Durchschnittseinkommens liegt. Das ist ein Skandal. Wer vollzeit arbeitet, muss davon leben können.

„Jede Art von ehrlicher Arbeit ist es wert,

dass sie so entlohnt wird, dass man auch seinen Lebensunterhalt davon bestreiten kann. Deswegen wollen wir für alle Branchen einen Mindestlohn von 7,50 Euro“, erklärt der Juso-Vorsitzende William Labitzke. „Auch wenn die CDU etwas anderes behauptet: Sozial ist nur, was Arbeit schafft, von der man leben kann. Bei Stundenlöhnen von 3,20 Euro - beispielsweise bei Frisören - kann davon nicht die Rede sein.“, so Labitzke weiter.

William Labitzke

Einfach mal reinklicken:
www.jusos-bs.de

 **jusos** stadt **braunschweig**

Jugend ist die Zukunft! Deshalb: Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen!

Die Gesellschaft muss alles tun, um ihrer Jugend Zukunftsmöglichkeiten zu bieten. Mit der Ausbildung beginnt für viele Jugendliche - unabhängig vom Schulabschluss - die Qualifikation für einen Beruf, mit dem der eigene Lebensunterhalt verdient wird. Es ist der Start in die Selbstständigkeit, der Anfang eines selbstbestimmten Lebens.

Die Ausgangslage

Doch die Realität in Deutschland sieht anders aus. Viele junge Menschen finden keine Ausbildung, obwohl sie viele Bewerbungen schreiben, zur Mobilität bereit sind und auch einen Ausbildungsplatz akzeptieren würden, der nicht unbedingt ihrem Berufswunsch entspricht.

Im Jahr 2006 betrug die Arbeitslosenquote junger Menschen in der Bundesrepublik 12,4 % oder 612 441. Knapp die Hälfte dieser jungen Menschen hat überhaupt nicht die Möglichkeit gehabt, eine Berufsausbildung anzufangen! Die Zahl der jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, ist in Wirklichkeit noch viel höher. So gelten etwa 47 000 Jugendliche, die ein Praktikum absolvieren, als „versorgt“ und werden nicht von der offiziellen Arbeitslosenstatistik erfasst.

Das schleichende Ende des dualen Ausbildungssystems

Das duale Ausbildungssystem ist einmalig und gilt weltweit als vorbildlich. Der Betrieb übernimmt die berufspraktische Ausbildung, während in der Berufsschule ein ergänzender berufstheoretischer und allgemeinbildender Unterricht erteilt wird. Es fördert die Selbstständigkeit und das Verantwortungsbewusstsein der Auszubildenden und vermittelt auch umfassende Fähigkeiten, um auch in anderen Betrieben arbeiten zu können. Dies sind Eigenschaften, die für einen Hochtechnologiestandort wie Deutschland enorm wichtig sind. Nur gut ausgebildete junge Menschen können dazu beitragen, Deutschland als Innovationsland in der Welt zu behaupten.

Von der deutschen Wirtschaft werden immer weniger Ausbildungsplätze bereit gestellt. So sank die Zahl der Ausbildungsplätze beispielsweise zwischen September 2004 und September 2005 von 519.000 auf 505.000. Daran zeigt sich, dass die deutsche Wirtschaft ihrem Versprechen, jährlich knapp 30.000 Arbeitsplätze zu

sätzlich zur Verfügung zu stellen, nicht nachgekommen ist.

Die Jugendlichen, die keinen der raren Ausbildungsplätze erhalten, weichen auf Bildungsgänge aus, die auf einem schulischen Weg zu einem Berufsabschluss führen. Eine weitere Möglichkeit ist, sie in Bildungsgänge zu „parken“, die nur eine berufliche Grundbildung vermitteln.

Dies zeigt exemplarisch, dass die duale Berufsausbildung in Deutschland in Gefahr ist. Das ist schädlich für das Innovationsland Deutschland.

Kurzfristige Maßnahme zur Lösung der Ausbildungsmisere

In Niedersachsen haben 30 000 junge Menschen keine Berufsausbildung beginnen können. Die CDU/FDP-Landesregierung überlässt diese jungen Menschen sich selbst und tut nichts, um ihnen den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Um diesen jungen Menschen dennoch eine Lebensperspektive bieten zu können, hat die niedersächsische SPD sich dafür ausgesprochen, jährlich 10.000 Vollzeit-Ausbildungsplätze mit Kammerabschluss an den Berufsbildenden Schulen zu schaffen. Dieses Konzept beinhaltet auch eine Praktikumsphase in den Betrieben mit einer angemessenen Vergütung. Wir Jusos unterstützen dieses Konzept, weil es eine Möglichkeit darstellt, kurzfristig jungen Menschen eine Berufsausbildung zu ermöglichen, auch wenn sie von der öffentlichen Hand organisiert wird.

Wer nicht ausbildet, wird umgelegt...

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1995 in einem Urteil verkündet, dass Ausbildung Aufgabe der Wirtschaft ist. Mindestens 7% der Beschäftigten eines Unternehmens müssen Auszubildende sein.

Wir Jusos fordern deshalb die gesetzliche Ausbildungsumlage. Es muss Ziel sein, dass alle Betriebe, die zu wenig Auszubildende einstellen und sich somit ihrer Verantwortung entziehen, eine Abgabe in einen Topf leisten müssen. Aus diesem erhalten dann die Betriebe, die über ihren Bedarf ausbilden, Gelder. Nur so kann der Druck auf die Wirtschaft erhöht werden, mehr Ausbildungsplätze bereit zu stellen, um so jungen Menschen eine Lebensperspektive zu bieten.

Gerade große Unternehmen bilden weniger aus, als sie müssten. Es sind vor allem

die kleineren und mittleren Betriebe, die über Bedarf ausbilden und so ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nachkommen.

Kampagne „4. IGS für Braunschweig“ geht weiter!

Die Nachfrage nach Ganztagschulen ist höher, als es der Bedarf decken kann.

Etwa 1/3 der Eltern in Braunschweig hoffen jedes Jahr, dass ihre Kinder nach der Grundschule in eine der drei bestehenden Integrierten Gesamtschulen aufgenommen werden. Fast die Hälfte der Bewerber wird aus Platzmangel abgewiesen.

Das ist untragbar! Die schwarzgelbe Landesregierung muss das beschlossene Einrichtungsverbot von Gesamtschulen in Niedersachsen zurücknehmen! Die konservative Ideologie-Verbohrtheit der Landesregierung schadet nur unserem Land.

Überrascht zeigen wir uns über den neuerlichen Gesamtschulvorstoß des Ministerpräsidenten Wulff. Dieser ist nun nach Protesten der Eltern und Kritik und vor allem aus Reihen der SPD gegen das von schwarz-gelb beschlossene Errichtungsverbot von Gesamtschulen eingeknickt. Aus wahltaktischen Gründen möchte Wulff nun doch das Errichtungsverbot für Gesamtschulen lockern.

Aus Braunschweiger Sicht ist dieses Thema brisant. So beschuldigte die CDU-Landtagsabgeordnete Mundlos die Braunschweiger Eltern und Schüler, die Zahl der Anmeldungen für Ganztagschulen durch Mehrfachanmeldungen absichtlich manipuliert zu haben. Dies ist aber durch ein CDU-FDP Gesetz nicht möglich, was sie aber als „Bildungspolitiklerin“ wissen müsste. „Die Braunschweiger Eltern werden es sicher nicht vergessen, wie Frau Mundlos über sie hergezogen ist“, so Juso-Chef William Labitzke.

Deshalb: Unterstützt weiter das „Aktionsbündnis 4. IGS für Braunschweig“.

Unterschriftenlisten zum selber ausdrucken gibt es unter www.jusos-bs.de.



100 Jahre IUSY - Jusos bei großer Jubiläumsfeier in Berlin

Vom 23. bis 26. August 2007 fand in Berlin die Feier zum 100. Geburtstag der Sozialistischen Jugendinternationalen (IUSY), des weltweiten Dachverbandes der Jusos, statt. Im dortigen Postbahnhof, der sonst ein beliebter Veranstaltungsort für Partys und Konzerte ist, trafen sich vier Tage lang knapp 1000 Jungsozialisten aus aller Welt, um gemeinsam an die Gründung der IUSY, beziehungsweise ihrer Vorgängerorganisation 1907 in Stuttgart zu erinnern.

Klaus Wowereit, der Regierende Bürgermeister Berlins, höchstpersönlich eröffnete dort feierlich die Veranstaltung mit dem treffenden Thema „100 years of struggle for peace and equality“. So ging es dann auch in einer großen Zahl verschiedener Workshops und Konferenzen um Themen wie Internationale Solidarität, Frieden und Entwicklung oder Würdige Arbeit. Spannend war sicher für alle, die dabei waren, zu sehen, dass Menschen, die in den unterschiedlichsten Teilen der Welt unter teilweise völlig anderen Umständen leben, doch letztlich sehr ähnliche Vorstellungen von einer gerechten, friedlichen und solidarischen Welt haben, wie

man sie selbst vertritt.

Höhepunkt der Jubiläumsfeier war der zentrale Festakt im Friedrichstadtpalast mit zahlreichen Ehrengästen, wie dem SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck, dem österreichischen Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, dem Juso-Vorsitzenden Björn Böhning, der früheren Juso-Vorsitzenden und heutigen Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit Heidemarie Wieczorek-Zeul und vielen, vielen anderen.

Abgeschlossen wurde die Festveranstaltung mit einer ergreifenden Rede des südafrikanischen IUSY-Vorsitzenden Fikile Mbalula, welche er mit den Worten „Viva IUSY, viva!“ beendete. Anschließend erhob sich der gesamte Saal, um in unzähligen verschiedenen Sprachen, aber gemeinsam die „Internationale“ zu singen.

Auch die Frage, wie man vom Friedrichstadtpalast zurück zum Postbahnhof kommen sollte, war schnell geklärt: In einem langen Demonstrationszug quer durch das Herzen Berlins. Am Abend folgte dann noch eine Party, welche bis zum frühen Morgen des nächsten Tages dauern sollte und bei der Asher Lane und Culcha Candela zur Begeisterung des jungsozialistischen Publikums auf der Bühne ihre Stücke zum Besten gaben.

Für uns, die vier Braunschweiger Jusos, die wir dabei sein durften, waren es vier unvergessliche Tage voller Spaß und internationaler Begegnungen, die bloß leider viel zu schnell zu Ende gingen.

Benjamin Schmidt

Jusos wieder auf dem Magnifest

Vom 30. August bis zum 2. September fand das 34. Magnifest statt. Wieder dabei: Die Jungsozialisten in der SPD (kurz: Jusos) mit einem eigenen Stand auf der Schloßstraße. Es gab eine Aktion zu den Themen „Mindestlohn“ und „für eine 4. IGS in Braunschweig“. Auch kühle Getränke wurden wieder zum Selbstkostenpreis verkauft.

In der Asse ist es 5 vor 12!

Expertenrunde bei den Jusos-Braunschweig



In der ersten Runde von insgesamt vier Abendveranstaltungen der Diskussionsreihe „Roter Salon-Umwelt!“ haben sich die Jungsozialisten (Jusos) in der Braunschweiger SPD am 27. August zum Thema „Asse II“ informieren lassen. Als Referenten waren Heike Wiegel, Abgeordnete im Kreistag Kreistag Wolfenbüttel, und Udo Dettmann vom Koordinationskreis Asse II zugegen.

Mehr Informationen zu diesem Thema unter www.jusos-bs.de und www.asse2.de.

Wir mischen mit!

In Braunschweig, Niedersachsen und im Bund sagen wir:

„Gerecht weiter denken“

Wir diskutieren, bilden uns weiter, erwerben so Kompetenzen und beteiligen uns am politischen und sozialen Leben in UNSERER Stadt. Und haben dabei sehr viel Spaß!

Überzeug Dich selbst: Die Jusos Braunschweig treffen sich jeden Mittwoch um 19 Uhr im Volksfreundhaus (Schloßstraße, 8 im Magniviertel, Tel: 0531-480 98 21). Noch Fragen? Meldet Euch bei William Labitzke (wohl@gauss99.de) und/oder informiert Euch ganz leicht unter

www.jusos-bs.de

Impressum



Herausgeber:

Juso-Unterbezirk Braunschweig
Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig
www.jusos-bs.de

V.i.S.d.P.:

William Labitzke, Stefan Hillger

Fotos: William Labitzke

Druck: Lebenshilfe, Braunschweig

Auflage: 4.000 Exemplare

Nachhaltiges Energiewirtschaften in Deutschland

Dipl.-Ing. Christian Schlitzberger informierte die Jusos Braunschweig zum Thema „Optionen für eine zukünftige, nachhaltige Energie- und Rohstoffversorgung“ und stand anschließend für ein Interview mit FAUST! bereit.



Dipl.-Ing. Christian Schlitzberger ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Braunschweig und forscht auf dem Gebiet innovativer und regenerativer Energiewandlungsprozesse.

FAUST! Herr Schlitzberger, bei der aktuellen Debatte um den Klimaschutz und um die Energiesicherheit fordern viele Experten und Politiker die Abkehr von den fossilen Energieträgern, wie Kohle, Gas und Öl. Teilen Sie die Meinung?

SCHLITZBERGER: Unabhängig von politischen Meinungen oder Ansichten, geht langfristig kein Weg an der Abkehr von fossilen Energieträgern vorbei, da diese nur begrenzt vorhanden und damit endlich sind. Neben den oft diskutierten Problemen fossiler Energieträger, wie CO₂- und Schadstoffemissionen, Umweltbeeinträchtigungen bei Förderung, Aufbereitung und Transport sowie deren teilweise weltweite sehr ungleiche Verteilung, existieren eine Reihe weiterer Gründe für ihre mittelfristige Substitution durch erneuerbare Energieträger.

Dennoch: Nur ein kontinuierlicher und sanfter Übergang hin zu regenerativen Energien und Rohstoffen - bevor sich die fossilen Rohstoffe durch ihre Verknappung extrem verteuern – kann die Versorgungssicherheit auf einem akzeptablen Preisniveau gewährleisten und damit wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden sicherstellen.

Bezahlbare Energie und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen bzw. europäischen Wirtschaft sind die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des technologischen Vorsprungs gerade im Bereich der Umwelt- und erneuerbaren Energie-

technik. Da regenerative Energiequellen meist dezentral sind, führt deren Ausbau zu lokalen Investitionen und Arbeitsplatzeffekten. Viele unserer mittelständischen Unternehmen sind Weltmarktführer im Bereich der regenerativen Energietechnik. Letztlich profitiert vor allem die deutsche Volkswirtschaft, wenn nicht ein gerade kleiner Teil der Wirtschaftsleistung dafür aufgebracht werden muss, im Ausland fossile Rohstoffe für die Energieerzeugung zu kaufen.

FAUST! Manche Menschen in Deutschland behaupten, dass die Atomkraft die Lösung für das CO₂-Problem und die Versorgungssicherheit mit Energie ist. Was meinen Sie zu dieser These?

SCHLITZBERGER: Zunächst existieren bezüglich Atomkraft ähnliche Probleme wie bei den fossilen Energieträgern. Das für die derzeitigen Kernkraftwerke als Brennstoff benötigte Natururan ist ebenfalls nur begrenzt vorhanden. Bei dessen Förderung, Aufbereitung und Transport kommt es in einem nicht unerheblichen Maß zu CO₂-Emissionen und Umwelterstörung. Schließlich wird ein Großteil des in Deutschland benötigten Urans im außereuropäischen Ausland gefördert und muss somit importiert werden.

Ob und in wieweit zukünftige Gesellschaften die Risiken und Nachteile der Atomenergie, wie die ungeklärte Endlagerfrage, die Gefahr von Terroranschlägen, die mögliche Verwendung des anfallenden Spaltmaterials für atomare Waffen, das Restrisiko eines GAU's und Umwelterstörungen durch die Uranförderung in Kauf nehmen wollen, muss in einem politischen Willensbildungsprozess demokratisch entschieden werden.

FAUST! Gibt es dennoch Alternativen?

SCHLITZBERGER: Technologische Alternativen bezüglich einiger der genannten Problematiken stellen so genannte „schnelle Brüter“ sowie Fusionsreaktoren dar. Fusionskraftwerke gelten als relativ sicher, der benötigte Brennstoff ist nahezu unbegrenzt vorhanden, allerdings sind für die Entwicklung dieser Technologie zur Marktreife noch viel Zeit und immense finanzielle Aufwendungen notwendig.

FAUST! Welche Optionen sehen Sie denn als Experte für ein nachhaltiges Energiewirtschaften?

SCHLITZBERGER: Kurz- und mittelfristig besitzen vor allem die Bereiche Energieeinsparung sowie Effizienzsteigerung bei

Energieerzeugung und Verbrauch ein hohes Potential hin zur Verwirklichung einer nachhaltigen Energiewirtschaft. Zusätzlich müssen jetzt die technologischen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen und Grundlagen für einen langfristigen, kontinuierlichen Übergang hin zu regenerativen Energieträgern, wie Biomasse, Solarenergie, Geothermie sowie Wasser- und Windkraft geschaffen werden.

Ein großes, leider oft unbeachtetes Problem, stellt die derzeitige Netz-Infrastruktur dar. Diese ist in heutiger Form nicht für die fluktuierende Einspeisung großer Mengen sowohl dezentral als auch zentral erzeugten, regenerativen Stroms geeignet. Neue Technologien, wie dezentrale Energiemanagement-Systeme bzw. virtuelle Kraftwerke sowie ein transeuropäisches Hochspannungs-Gleichstrom-Netz in Kombination mit Schatten- und Speicherkraftwerken könnten dieses Problem lösen, erfordern aber immense Investitionen und damit entsprechende wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen.

FAUST! Herr Schlitzberger, wie lautet Ihr Fazit?

SCHLITZBERGER: An einer nachhaltigen Energiewirtschaft geht langfristig kein Weg vorbei! Aufgrund der vielfältigen Vorteile sollte diese auf erneuerbaren Energieträgern basieren. Nur so kann langfristig eine in jeglicher Hinsicht sichere Energie- und Rohstoffversorgung sowie eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ohne Verteilungskonflikte und Abhängigkeiten geschaffen werden. Dabei bilden dezentrale, regenerative Energiequellen die Grundlage für eine demokratisierte Energieversorgung.

Diese nachhaltige Energiewirtschaft lässt sich bei unserem hohen Lebensstandard nur durch eine Kombination aus Effizienzsteigerung bei Energieerzeugung und -verbrauch und regenerativen Energiequellen mit einer entsprechenden, geeigneten Infrastruktur erreichen.

Um das gewaltige Potential der regenerativen Energiequellen sinnvoll und vor allem wirtschaftlich nutzen zu können, sollten die jeweiligen Nutzungstechnologien untereinander vernetzt und dort eingesetzt werden, wo ihr Output am höchsten ist.

FAUST! Herr Schlitzberger, wir danken Ihnen für dieses Interview.

Das Interview führte William Labitzke